

Erstaunlich sind die Konsequenz und Hartnäckigkeit, mit der die polnischen Vertreter auf dem EU-Gipfel in Brüssel am 21./22. Juni nahezu allein gegen alle anderen Staaten für ihre zentrale Forderung kämpften, die Stimmengewichtung der Staaten im Europäischen Rat noch einmal zu ändern. Knapp ein Dutzend Staatschefs reiste im Vorfeld nach Warschau. Keinen von ihnen konnte die polnische Regierung für ihre Forderung gewinnen. Selbst der neue französische Präsident Nicolas Sarkozy, der nach seinem Besuch mitteilte, dass er nun die polnische Position besser verstehe, lehnte die von Polen vorgeschlagene Stimmengewichtung nach dem Quadratwurzelverfahren eindeutig ab. Wie ist vor diesem Hintergrund der radikale Kampf der polnischen Regierung – wie anders soll man diesen Kampf nennen, wenn er mit der Parole „Quadratwurzel oder Tod“ geführt wird – zu verstehen?

Misstrauen gebiert Feindbilder

Zu einem guten Teil lässt sich dieser Kampf aus den Konstruktionen nationaler Identität und den Europabildern erklären, wie sie bereits in den vergangenen sechs Jahren von den nun führenden Parteien in Polen vertreten wurden. Diesen Schluss legt eine aufschlussreiche Studie von Irene Hahn nahe, die gerade unter dem Titel *Polen und Europa. Europabilder und nationale Identität im Beitrittsprozess zur EU* erschienen ist, herausgegeben vom Willy-Brandt-Zentrum für Deutschland- und Europastudien in Breslau. Sie kommt

zu dem Ergebnis, dass die ambivalenten und leidenschaftlichen Einstellungen gegenüber Europa und der EU in Polen stark durch im historischen Gedächtnis verankerte historische Traumata geprägt werden, aus denen allerdings von den proeuropäischen und europaskeptischen Eliten unterschiedliche politische Schlussfolgerungen gezogen werden. Die polnische Opferrolle vom achtzehnten bis zum Ende des zwanzigsten Jahrhunderts übe jedoch so oder so bis heute einen wesentlichen Einfluss auf die Deutung gegenwärtiger Umstände aus. Aus den Erfahrungen als Opfer speist sich insbesondere bei den Europarealisten oder Europaskeptikern ein tief sitzendes Misstrauen gegenüber den großen Nachbarn Deutschland und Russland, in das aber auch andere westeuropäische Mächte im Sinne des von ihnen verübten „Verrats Europas an Polen“ einbezogen werden. Dieser Verrat bezieht sich auf die Teilungen Polens im achtzehnten Jahrhundert, die Haltung Frankreichs und Großbritanniens zum deutschen Überfall auf Polen 1939 sowie auf die Entscheidungen der USA und Großbritanniens in Jalta 1945. Das Misstrauen gebiert Feindbilder. In diesem Sinne wird die EU bei den Europaskeptikern nicht selten als ein Verbund gesehen, der von alten vermeintlichen Feinden Polens, vor allem von Deutschland und Frankreich, dominiert wird, oder auch als ein Instrument für eine neue imperiale deutsche Politik des „Dranges nach Osten“. Im Zusammenhang mit den von den deutschen Vertriebenen reklamierten Ansprüchen,

den Restitutionsforderungen der „Preußischen Treuhand“, einer diffusen Angst vor dem „Ausverkauf polnischer Erde“, lässt sich daraus leicht ein feuriges politisches Gemisch herstellen.

Opferrolle und Sendungsbewusstsein

Die Virulenz der historischen Erfahrungen und die von ihr abgeleitete misstrauische Distanz gegenüber den anderen großen Nationen in Europa kommen immer wieder politisch zum Tragen. Sie sind maßgeblich dafür, wenn das Allerwichtigste bei der europäischen Integration in der Beibehaltung der nationalen Staaten, in der Vertretung der nationalen polnischen Interessen, in einem Status auf gleicher Augenhöhe mit den anderen großen Staaten in Europa gesehen wird, wofür der Vertrag von Nizza steht. Polen möchte als wiedererstandene Nation in der „ersten Liga Europas“ mitspielen. Das Ziel, zu den Einflussreichen und Starken in Europa zu gehören, wird von daher vehement vertreten. Polen könne gegenüber den entscheidenden EU-Staaten stolz auftreten und müsse ebenso stark wie unachgiebig für seine Interessen kämpfen, um sich nicht wieder „über den Tisch ziehen zu lassen“, um nicht wieder von anderen Interessen vereinnahmt zu werden, heißt es. Eine EU, die die Stärke der Nationalstaaten überwinden wollte und eine einheitliche europäische Identität in einem europäischen Staat förderte, wäre eine Verkennung der Geschichte, der historischen Erfahrung Osteuropas, der Opfer des deutschen Nationalsozialismus und der Opfer des russischen Sowjetkommunismus, erläuterte Jaroslaw Kaczynski 2004 im Sejm. Die Wahrung nationaler Interessen und die Rechtfertigung eigener Egoismen zur Überwindung der historischen Ungerechtigkeiten, der Opferrolle Polens spielt deshalb eine wesentliche Rolle in der polnischen Europapolitik. Das ist der Humus für die Parolen „Nizza oder

Tod“ und „Quadratwurzel oder Tod“. Das ist die Grundlage dafür, dass die Kriegstoten vom polnischen Premier als Argument in die politischen Verhandlungen in Brüssel eingeführt werden und geradezu penetrant vor einer Neuschreibung der Geschichte durch Deutschland gewarnt wird. In Deutschland geschehe etwas Ungutes, das „zum Allerschlimmsten führen“ könne, wiederholte Kaczynski jüngst mit Blick auf eine die Geschichte ignorierende Karikatur, die die Quadratwurzel aus der Zahl der Kriegstoten darstellte.

Aus der historischen Erfahrung heraus wird auch das politische Ziel eines integrierten Europa der unabhängigen Nationalstaaten entworfen, basierend auf dem Schlüsselbegriff der Solidarität. Europäische Solidarität und einen Umgang auf gleicher Augenhöhe schulde die EU, insbesondere Deutschland und Frankreich, den Polen aus historischen und moralischen Gründen, meinen nicht nur die Vertreter der regierenden Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS). Das sei die gerechte Genugtuung für alles, was Polen widerfahren sei, sagt Jaroslaw Kaczynski. Der Opfermythos Polens speist jedoch nicht nur negativ das Misstrauen und positiv die Anspruchshaltung der polnischen Politik gegenüber der EU. Er verbindet sich auch mit einem nationalen Sendungsbewusstsein, das mit den Stichworten Vorkämpfer nationaler Freiheit, „Vorposten des römisch-katholischen Europa“, Verteidiger der ursprünglichen Werte des Abendlandes, Brücke zwischen West und Ost beschrieben werden kann.

Noch eine andere historische Erfahrung mag vielleicht bis heute einen gewissen politischen Einfluss haben oder zumindest zur Erklärung dienen. Das „liberum veto“, das Einstimmigkeitsprinzip der demokratischen Adelsrepublik im Polen des achtzehnten Jahrhunderts, das damals für die Einheit des heterogenen Ganzen dieser frühen Republik durch den Zwang zum Kompromiss sorgte. Es ent-

hielt einen antiautoritären Kollektivismus – antiautoritär, weil es anerkannte, dass manchmal die ganze Gemeinschaft den Willen eines Einzelnen respektieren müsse, also eine mechanische Mehrheit nicht reiche; Kollektivismus, weil angenommen wurde, dass ein Individuum oder eine Minderheit sich schließlich der mehrheitlichen Meinung beugen und sie als moralisch bindend anerkennen müsse. Das ist eine interessante Folie zum Verständnis des Verhaltens der Kaczynskis auf dem EU-Gipfel-Treffen: Ganz vom polnischen Opfermythos eingenommen und vom moralischen Recht ihrer Forderung überzeugt, wollten sie sich partout nicht kollektivistisch der Mehrheit beugen und beharrten in antiautoritärer Attitüde auf der Durchsetzung ihres Willens, wobei sie auf das Einstimmigkeitsprinzip als Einheit stiftende Kraft bauten. Die Mehrheitsmeinung als „moralisch bindend“ zu akzeptieren, dies gerade war ihnen nicht möglich. Erst das weitgehende Entgegenkommen der Mehrheit, verbunden mit der Drohung der Aufkündigung des Einstim-

migkeitsprinzips durch die deutsche Ratspräsidentenschaft, konnte deshalb zu einem Kompromiss führen.

Dass sich Premier Jaroslaw Kaczynski am Ende durchgerungen hat, dem Votum der großen Mehrheit in der EU zu folgen und trotz seiner tief verwurzelten Skepsis gegenüber Deutschland und der EU dem Reformprozess der Union zuzustimmen, ist vor dem Hintergrund der dargestellten Denkschemata eine sehr bemerkenswerte Tatsache. Damit ist ein entscheidender Schritt gemacht worden, auch wenn dadurch das europakritische Syndrom der polnischen Politik bei Weitem nicht überwunden ist, was sich bei den nächsten Schritten wahrscheinlich zeigen wird. Die Regierung Kaczynski knüpft mit diesem Schritt aber an den europapolitischen Konsens der Neunzigerjahre in Polen an. Pragmatismus und Realismus gewannen zu guter Letzt über die bis zur Schmerzgrenze getriebene nationale deutschland- und europakritische Rhetorik die Oberhand. Das gibt Anlass zu vorsichtiger Hoffnung.

Polnisches Wortgetöse

„Im Verhältnis zu Deutschland ist der Kontrast zwischen verbalem Feuerwerkertum und kühler Politik vielleicht sogar noch schärfer. Einerseits vergeht keine Woche, in der nicht irgendein Mitglied der polnischen Regierung die Bundesrepublik als umlackierte Fortsetzung der NS-Diktatur denunziert. Andererseits ist nicht zu übersehen, dass die Brüder Kaczynski ihre wilden Drohungen aus Wahlkampfzeiten unverzüglich vergessen haben, kaum dass sie an der Macht waren. Noch 2005 hatten sie gedroht, Polen werde milliardenschwere Reparationen für den Zweiten Weltkrieg verlangen, wenn die Bundesregierung sich nicht verpflichte, sämtliche Vermögensforderungen deutscher Vertriebener an Polen selbst zu erfüllen. Kaum waren sie an der Macht, war die Drohung jedoch vom Tisch. [...]

Die maßlose Rhetorik, mit der Kaczynski eine in mancher Hinsicht durchaus normale Politik verbrämt, hat einen klaren Zweck: Sie soll die kleine, aber entscheidende Gruppe der national-katholischen Wähler, die an Wahlsonntagen von der Dorfkirche direkt zur Urne gehen, so mobilisieren, dass die Zwillinge im Wettstreit mit der liberalen Konkurrenz der Städte die entscheidenden paar Prozentpunkte gewinnen. Die Strategie der Janusköpfigkeit – rhetorische Überspannung und Pragmatismus in einem – scheint heute jedoch an ihre Grenzen zu stoßen.“

Konrad Schuller am 22. Juli 2007 in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*